

# Basta!

Nr. 1 / Februar 2013

Basels starke Alternative

## Die Zwängerei mit dem Samstagabend

Am 3. März findet in Basel-Stadt die Abstimmung über die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten am Samstag statt. Gewerkschaften und rot-grüne Parteien hatten im Sommer 2012 das Referendum ergriffen. Die Abstimmung ist ein weiteres Kapitel in einer langen Geschichte der Liberalisierungs-Zwängereien. Wieder einmal geht es darum, dass wenige Grossverteiler und Konsumturbos ihre Interessen auf Kosten des Verkaufspersonals und der Quartierläden durchsetzen wollen.



Diesmal war das Vorgehen besonders perfid. Der Regierungsrat wollte eigentlich nur eine rechtliche Grundlage für verkaufsoffene Sonntage schaffen. Dies war aufgrund von Änderungen

in der Bundesgesetzgebung nötig geworden. Die Kantone können laut neuem Artikel 19 des Arbeitsgesetzes höchstens vier Sonntage pro Jahr bezeichnen, an denen Arbeitnehmer in Verkaufsgeschäften ohne Bewilligung beschäftigt werden dürfen. Sie sind demnach frei zu

entscheiden, ob und in welchem Umfang sie verkaufsoffene Sonntage zulassen wollen. Der Regierungsrat von Basel-Stadt schlug vor, drei verkaufsoffene Sonntage pro Jahr gesetzlich zuzulassen. Dies als Kompromiss zwischen der Maximalforderung der Grossverteiler nach vier verkaufsoffenen Sonntagen und den Aussagen einer Mehrheit der kleinen Geschäfte, die sich

nach den Ergebnissen einer offiziellen Umfrage mit den gewohnten zwei Verkaufssonntagen im Advent zufrieden erklärt hatten.

Dieser Gesetzesvorschlag der Regierung wurde an die vorberatende Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates (WAK) überwiesen und diese stellte die Vorlage auf den Kopf. Einerseits beantragte sie lediglich zwei verkaufsoffene Sonntage im Advent zu bewilligen. Andererseits brachte sie völlig überraschend und ohne

äusseren Anlass die Öffnungszeiten am Samstag ins Spiel und beantragte eine Verlängerung von 18 Uhr auf 20 Uhr. Beide Anträge waren in der WAK um-

stritten und es ist davon auszugehen, dass die Mitteparteien hier ihre Rolle des Züngleins an der Waage voll ausgespielt haben.

Im Grossen Rat scheiterte der Antrag, die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten am Samstag wieder zu streichen, mit 41 gegen 47 Stimmen, und mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurde die Gesetzesvor-

**Von längeren Ladenöffnungszeiten werden nur wenige Grossverteiler profitieren. Das Personal und die Quartierläden haben das Nachsehen.**

Mutationen an:  
Postfach 225, 4005 Basel

AZB  
4005 Basel



Mehr dazu auf Seite 3

### Produziert die Familienpolitik des Bundes „Staatskinder“?

Hintergründig befürchten Die Gegnerinnen und Gegner des Familienartikels die Untergrabung des traditionellen Familienbildes mit dem Mann als Alleinernährer und der Frau als Mutter und Hausfrau. Mehr dazu auf Seite 2

### Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln

Eine Initiative der Juso fordert eine Ende der Spekulation mit Nahrungsmitteln. Mehr dazu auf Seite 4

### Budgetkürzungen im Erziehungsdepartement

Warum auch Basta! zustimmte: Seite 5

### Das Scheitern des Baathismus und die syrische Revolution

Wie die einst links politisierende Baath-Partei ihren Kredit bei der Bevölkerung verspielte: Seite 7

### Die Dreigroschenoper als Fugurentheater: Letzte Seite

## Ladenöffnungszeiten (Fortsetzung)

lage angenommen. Es war von vornherein klar, dass Gewerkschaften und rot-grüne Parteien gegen die Gesetzesänderung in der Variante der WAK das Referendum ergreifen würden. Eine derartige Ausweitung der Ladenöffnungszeiten durch die Hintertüre ist inakzeptabel und die Auswirkungen auf das Verkaufspersonal sind verheerend.

Wenn die Geschäfte am Samstag bis 20 Uhr geöffnet haben, bedeutet das für das betroffene Verkaufspersonal eine drastische Verkürzung ihres Wochenendes. Wir müssen nämlich bedenken, dass nach Ladenschluss am Samstag um 20 Uhr noch die Wochen- und Kassenabrechnung sowie das Aufräumen und Abschiessen ansteht. Deshalb können wir davon ausgehen, dass das freie Wochenende für betroffene VerkäuferInnen am Samstag frühestens um 21 Uhr beginnen würde. Dagegen wehrt sich das Verkaufspersonal zu Recht, zumal sich seine Arbeits- und Lohnbedingungen seit Jahren nicht verbessert haben und der Druck ständig gestiegen ist.

Die Befürworter der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten bringen die altbekannten Argumente: es würden damit mehr Jobs geschaffen, die Basler Läden bräuchten endlich gleich lange Spiesse wie die Konkurrenz im Umland und längere Öffnungszeiten seien ein dringendes Bedürfnis der KonsumentInnen. Dabei sind in den letzten 10 Jahren die Arbeitsplätze in Basel im Verkauf um 10% zurückgegangen, obwohl die Ladenflächen zugenommen ha-

ben und die Öffnungszeiten ausgeweitet wurden. Die Geschäfte im Ausland sind aus Preisgründen attraktiv, und die Läden im Kanton Basel-Landschaft schöpfen die erlaubten Öffnungszeiten bei weitem nicht aus. Das Bedürfnis der KonsumentInnen nach längeren Ladenöffnungszeiten kann nicht so dringend sein, sonst hätten sie sich in diverse Abstimmungen der letzten Zeit (Zürich, Luzern) wohl nicht so klar dagegen ausgesprochen.

Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten am Samstagabend ist eine unnötige Zwangerei, die höchstens den Grossverteilern Vorteile bringt. Wir müssen uns im

Klaren sein, dass nicht einfach mehr konsumiert wird, wenn die Läden länger offen haben. Es handelt sich nur um eine Umverteilung des Konsums. Darunter leiden werden die Familienbetriebe, die mit ihren Öffnungszeiten am Abend und am Wochenende als Quartierläden eine Nische gefunden haben, die ihnen ihre Existenz sichert.

Fazit: Als GewerkschafterInnen sagen wir klar Nein zur Verlängerung der Ladenöffnungszeiten am Samstagabend, weil nur wenige Grossverteiler davon profitieren und die VerkäuferInnen und Quartierläden darunter leiden werden.

Heidi Mück



Übergabe der Unterschriften gegen längere Ladenöffnungszeiten (Foto: Frantisek Matous)

# Produziert die Familienpolitik des Bundes „Staatskinder“?

Abstimmung vom 3. März

Ausser der SVP, der EDU und einigen Kantonalparteien der FDP unterstützen alle Parteien den neuen Verfassungsartikel **Art. 115a Familienpolitik**, der die Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Ausbildung explizit festhält und den Kantonen den Ausbau von familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen nahelegt. Die Ja-Parole haben auch die FDP-Frauen beschlossen.

Die SVP argumentiert ganz in ihrem üblichen populistischen Stil mit dem Schlagwort „Staatskinder“ – ein Begriff aus alten DDR-Zeiten. Die Gegner der Vorlage wehren sich gegen die Einmischung des Staates in die Privatsphäre von Familien und argumentieren vordergründig auch mit unbezifferbaren Kosten, die auf die Kantone und Gemeinden zukommen. Hintergründig befürchten sie jedoch die Untergrabung des

traditionellen Familienbildes mit dem Mann als Alleinernährer und der Frau als Mutter und Hausfrau. «Man kann sich nicht über Zuwanderung beklagen und gleichzeitig den Frauen nicht die Möglichkeit geben, sich im Erwerbsleben zu betätigen», sagt der Solothurner Regierungsrat Peter Gomm, Präsident der SODK.

Für Basel-Stadt bringt der neue Gesetzesartikel keine wesentliche Neuerung,

denn die Kantonsverfassung garantiert in § 11 Abs. 2a das Recht, dass Eltern innert angemessener Frist zu finanziell tragbaren Bedingungen eine staatliche oder private familienergänzende Tagesbetreuungsmöglichkeit für ihre Kinder angeboten wird, die den Bedürfnissen der Kinder entspricht. Weiter heisst es in § 29. Abs. 3: Er fördert die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Betreuungsaufgaben. > > >

# Die Zersiedelung schadet der Schweiz

Raumplanungsgesetz

**Die Siedlungsfläche in der Schweiz wächst in einem erschreckenden Tempo: Jährlich nimmt sie um 27 Quadratkilometer zu, was der Fläche des Brienersees entspricht. Das hat nicht nur mit der Zunahme der Bevölkerung zu tun: Das Wachstum der Siedlungsfläche ist in den meisten Kantonen deutlich grösser als das Bevölkerungswachstum.**



Das fruchtbare Kulturland, die Grundlage unserer landwirtschaftlichen Produktion, nimmt hingegen laufend ab: Jahr für Jahr verschwinden 40 Quadratkilometer

– die Fläche des Briersees – Landwirtschaftsland, oft fruchtbarste Böden. Unsere Landschaften werden durch die Zersiedelung entstellt. Das tut nicht nur unserem Auge weh, es schmälert auch die Attraktivität als Tourismusland, schädigt Lebensräume für Tiere und Pflanzen und entwertet die Naherholungsgebiete für die Bevölkerung. Die Lebensqualität nimmt ab.

Die Ausdehnung der Siedlungsfläche bürdet aber auch den Gemeinden und Kantonen immer höhere Kosten für die Infrastruktur wie Strassen und Leitungen auf. Diese Kosten werden vor allem kommende Generationen zu bezahlen haben, wenn die Erneuerung dieser Milliarden teuren Infrastruktur nötig wird. Die durch Zersiedelung wachsenden Mobilitätsbedürfnisse bringen Strasse und Schiene täglich an den Rand des Verkehrskollapses. Und die sinkende Lebensqualität und die Verkehrsprobleme verringern auch die Attraktivität der Schweiz als Wirtschaftsstandort.

## Vollzug bisher ungenügend

Das seit 1980 geltende Raumplanungsgesetz hat es nicht geschafft, die Siedlungsentwicklung der Schweiz nachhaltig zu machen. Das Hauptproblem liegt beim mangelhaften Vollzug des Gesetzes. Offene

Bestimmungen, fehlende Fristen und Sanktionsmöglichkeiten erleichterten es, das Recht „kreativ“ anzuwenden. So darf es nicht mehr weitergehen. Durch die Revision des Raumplanungsgesetzes muss der Vollzug in Zukunft gesichert und die Raumentwicklung der Schweiz auf den Pfad der Nachhaltigkeit geführt werden.

Das revidierte RPG ist eine stimmige und ausgewogene Antwort auf die aktuellen und künftigen Herausforderungen der Schweizer Raumplanung. Es sichert die landschaftlichen Werte und damit das touristische Potenzial unseres Landes, aber auch die Lebensqualität in unseren Siedlungen, was einen unschätzbaren Standortvorteil bildet. Es sichert auch die Räume für die Bedürfnisse der Wirtschaft und für die landwirtschaftliche Produktion.

Hauptpunkt der Revision ist die Regelung der Bauzonengrösse. Sie darf nur noch auf den Bedarf von 15 Jahren ausgerichtet sein. Überdimensionierte Bauzonen müssen verkleinert und die Ausnutzung der bestehenden Siedlungsflächen verbessert werden. Viele Gemeinden haben bisher einfach auf Vorrat Bauzonen ausgeschieden. Das Kulturland hingegen wird verbindlich geschützt.

Die Vorlage ist ein Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative, die von 18 Organisationen wie Pro Natura, Heimatschutz und BioSuisse 2008 eingereicht und zu Gunsten der RPG-Revision 2012 bedingt zurückgezogen wurde. Sie unterstützt diejenigen

Kantone und Gemeinden, die das geltende Recht gewissenhaft vollziehen und nimmt diejenigen in die Pflicht, welche in der Zielerreichung Lücken aufweisen. Mit grosser Mehrheit und mit Stimmen aus allen Parteien wurde sie vom Bundesparlament am 15. Juni 2012 beschlossen.

## Basel als Vorbild

Für Basel ist die Sache mehr als klar. Einerseits haben die letzten Jahrzehnte, in denen Basel bis vor Kurzem massiv an BewohnerInnen verloren hat, gezeigt, was die Zersiedelung auch für die Zentren heisst. Steuereinnahmen verschwinden aufs Land, die Zentrumsleistungen und -lasten bezahlt weiterhin die Stadt. Basel ist deshalb an einer geordneten Raumplanung interessiert, die nicht immer mehr Anreiz für einen flächigen Siedlungsbrei bietet.

Die Gegner der Revision – namentlich der Gewerbeverband – versuchen mit ihrer Kampagne Ängste vor überhöhten Mieten zu schüren. Sie behaupten die neue einzuführende Mehrwertabgabe führe zu Horror-Mieten. Basel kennt diese Abgabe seit 35 Jahren. Auch der Kanton Neuenburg hat sie schon vor Langem eingeführt. In beiden Kantonen gibt es keinerlei Anzeichen für Mietpreis-, Immobilien- oder Bodenpreiserhöhungen. Gerade aus Basel braucht es deshalb ein klares JA zur Revision des Raumplanungsgesetzes.

Mirjam Ballmer

**Die Ausdehnung der Siedlungsfläche bürdet aber auch Gemeinden und Kantonen immer höhere Kosten für die Infrastruktur auf.**

>>> Basel-Stadt hat finanziell überdurchschnittlich vom Impulsprogramm für familienergänzende Kinderbetreuung des Bundes (2003 – 2011) profitiert. Das EDI verlängerte das Programm zwar bis 2015, erliess aber eine Prioritätenordnung, von welcher Basel betroffen ist. Es wird sich zeigen, ob die Politik in Basel trotzdem der Nachfrage nachkommen kann resp. will.

Karin Haeblerli

## Art. 115a Familienpolitik

- 1 Der Bund berücksichtigt bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Bedürfnisse der Familie. Er kann Massnahmen zum Schutz der Familie unterstützen.
- 2 Bund und Kantone fördern die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung. Die Kantone sorgen insbesondere für ein bedarfsgerechtes Angebot an familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen.
- 3 Reichen die Bestrebungen der Kantone oder Dritter nicht aus, so legt der Bund Grundsätze über die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit oder Ausbildung fest.

# Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln

Initiative

**Die exzessive Spekulation an den Rohstoffbörsen treibt die Preise in die Höhe und so Millionen Menschen in Hunger und Armut. Die Finanzkonzerne und Spekulanten machen gleichzeitig riesige Gewinne. Mit der Spekulationsstopp-Initiative können wir diese unmenschliche Profitmacherei verbieten und ermöglichen Preise, die Angebot und Nachfrage widerspiegeln.**

Seit einigen Jahren scheinen die Nahrungsmittelpreise ausser Kontrolle zu sein. Die Preise schwanken extrem stark und immer wieder kommt es zu Preisblasen, welche zur Folge haben, dass die Nahrungsmittelpreise über Monate extrem hoch bleiben. Die exzessive Spekulation an den Rohstoffbörsen ist hauptverantwortlich für diese Entwicklung. Sicherlich haben Faktoren wie die erhöhte Nachfrage in Schwellenländern, das knappe Angebot durch Dürreperioden usw. auch eine Auswirkung auf die Nahrungsmittelpreise. Diese Faktoren können allerdings nicht erklären, weshalb die Preise, im Vergleich zu 2006, um 71% steigen konnten.

## Spekulation verursacht Hunger und Armut

Die Spekulation verursacht krasse Preisschwankungen und führt immer wieder zu massiv erhöhten Nahrungsmittelpreisen. Beides trifft die Ärmsten dieser Welt am härtesten. In Entwicklungsländern geben die Menschen bis zu 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aus, wenn die Preise über Monate hinweg, wegen einer spekulativen Blase, überhöht sind, ist das existenzbedrohend. Viele verkaufen in der Not ihre einzigen Produktionsmittel, um zu überleben, und geraten so in die Armutsfalle.

Auf der anderen Seite machen die Spekulanten gigantische Gewinne auf Kosten der Ärmsten. Fast eine Milliarde Menschen leiden an Hunger, alle fünf Sekunden stirbt ein Kind an Unterernährung. Die Finanzkonzerne profitieren von steigenden Preisen und sind damit an Hunger und Armut mitschuldig. Eine widerlichere Form der Profitmacherei kann man sich kaum vorstellen.

## Nur die Grossunternehmen können sich noch absichern

Ursprünglich dienten die Rohstoffbörsen den Bauern zur Absicherung. Sie konnten über Future-Verträge eine Lieferung zu einem bestimmten Termin in der Zukunft und zu einem bestimmten Preis vereinbaren. So waren sie dem Preisschwankungsri-

siko weniger ausgesetzt. Heute funktioniert das nicht mehr. Wegen den enormen Summen, die durch Finanzakteure auf den Markt fliessen, sind die Gebühren für Kleinbauern zu hoch. Viele haben auch keinen Zugang und kein Know-how, um sich an den Börsen richtig abzusichern. Profitieren können nur Grossunternehmen wie Glencore und riesige Finanzkonzerne. Die Spekulanten treten in Konkurrenz zu jenen, die real produzieren. Gleichzeitig führt die Spekulation dazu, dass die Preisschwankungen stärker sind als je zuvor. Kleinbauern haben so keine Chance mehr sich abzusichern.

## Schweizer Banken im Geschäft mit dem Hunger

Auch Schweizer Banken vertreiben Produkte, die von steigenden Preisen profitieren. Die UBS hat einen der grössten Rohstoffindizes entwickelt, der auch Agrarrohstoffe enthält und weltweit gehandelt wird. Sie bezeichnet die Spekulation mit Rohstoffen als ‚Farbtupfer‘ in ihrem Portfolio. Und damit steht sie nicht allein. Die Credit Suisse und andere Schweizer Kantonal- und Privatbanken sind genauso grosse

Akteure in diesem Spiel.

Wir fordern deshalb mit der Spekulationsstopp-Initiative ein Ende der Spekulation mit Nahrungsmitteln. Die Preisabsicherung an den Rohstoffbörsen soll weiterhin erlaubt sein. Doch Finanzkonzerne, die nichts mit der realen Produktion von Nahrungsmitteln zu tun haben, sollen auch keinen Profit aus steigenden Preisen ziehen können. Es geht um internationale Solidarität mit den Verlierern eines Systems, das nicht einmal seine Hauptaufgabe, die Menschen zu ernähren, erfüllen konnte. Es geht darum, der widerlichsten Form der Profitmacherei einen Riegel zu schieben.

*Franziska Bender*

**Die Spekulanten treten in Konkurrenz zu jenen, die real produzieren.**

Die eidgenössische Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“ ist von den Juso lanciert worden. Die Unterschriftensammlung läuft noch bis März 2014. Weitere Informationen und Unterschriftenbogen zum Ausdrucken finden Sie unter folgender Internetadresse:

<http://www.juso.ch/spekulationsstopp>



# Budgetkürzungen im ED: Warum auch BastA! dafür gestimmt hat

In der Debatte zum Budget 2013 kamen von Grünliberaler Seite zwei Kürzungsanträge zum Budget des Erziehungsdepartements, die mit überraschend klarem Stimmenverhältnis angenommen wurden. Die Kürzungsanträge im Umfang von 200'000.- bei der Leitung Bildung und 400'000.- bei der Volksschulleitung wurden auch von den BastA!-GrossrätInnen unterstützt.



Im Folgenden ein Auszug aus meiner Rede, die ich als Präsidentin der Fraktion Grünes Bündnis zur Begründung für diese doch unübliche Unterstützung einer Budgetkürzung im

Bildungsbereich gehalten habe:

„Die Kritik am ungebremsten Wachstum des ED im sogenannten Überbau, also auf der Verwaltungs- und Leitungsebene, ist nicht neu – im Gegenteil! Das Grüne Bündnis kritisiert schon seit einigen Jahren den Umstand, dass das viele Geld, das dem ED im Schulbereich zur Verfügung steht, einfach nicht in den Klassenzimmern ankommt.

Im letzten Jahr haben wir zur Budgetdebatte 2012 die Aufblähung der Leitungsebene im ED kritisiert. Anlass war die Feststellung der Fikom, dass „das Verhältnis zwischen Lehrpersonen und zentraler

sowie dezentraler Schulleitung insgesamt von 1 zu 16 auf 1 zu 11 zugenommen hat.“ Also eine dezentrale oder zentrale Leitungsperson pro 11 Lehrpersonen! In diesem Jahr macht die Fikom leider keine Angaben zum Verhältnis zwischen Lehrpersonen und Leitungspersonen und es gibt auch keine Information, ob die von der Fikom geforderte Stabilisierung dieser Zahlen eingetroffen ist.

Es ist auf alle Fälle nicht einfach, die Kritik am allzu grossen Verwaltungsanteil beim ED klar zu verorten. Dies zeigte zuletzt anschaulich die

Antwort auf eine Interpellation, die nach der Grösse des Overheads im ED fragte: Es gibt offenbar für alles eine Begründung, insbesondere die Strukturänderungen im Hinblick auf die Teilautonomen Schulen werden als Rechtfertigung für jegliches

Wachstum in der ED-Verwaltung herangezogen.

Die Fraktion Grünes Bündnis kann diese Erklärungen nicht nachvollziehen und stellt fest, dass die seit Jahren von verschiedenen Seiten geäusserte Kritik am zunehmenden Verwaltungsapparat des ED nie wirklich ernst genommen wurde. Wir sind deshalb der Meinung, dass man nun

halt etwas deutlicher werden muss und dass die beiden Kürzungsanträge das richtige politische Zeichen sind.

Die Kürzungen (...) sollen eher symbolisch verstanden

werden. Die Forderung, dass diese Summen keinesfalls bei den Schulen oder sonstigen Bildungseinrichtungen vor Ort eingespart werden sollen, können wir voll und ganz unterstützen.“

*Patrizia Bernasconi*

**Die seit Jahren von verschiedenen Seiten geäusserte Kritik am zunehmenden Verwaltungsapparat des ED ist nie wirklich ernst genommen worden.**

## Pensionskassen als Mietzinstreiber

Massenkündigungen am Burgweg

**Zuerst die Massenkündigungen an der Wittlingerstrasse, und jetzt dasselbe am Burgweg: An beiden Standorten droht günstiger Wohnraum unwiderruflich verloren zu gehen. Und günstiger Wohnraum ist im Kanton Basel-Stadt rar.**

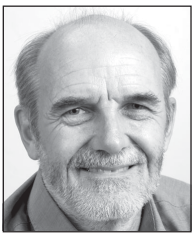
Besonders stossend ist, dass in beiden Fällen staatliche Pensionskassen die Kündigungen ausgesprochen haben, an der Wittlingerstrasse die baselstädtische, am Burgweg die basellandschaftliche. Das ist kein Zufall. Seit der Finanzkrise drängen die institutionellen Anleger wieder vermehrt

auf den Wohnungsmarkt und treiben die Mietzinsen in die Höhe. Das Nachsehen haben die Mieterinnen und Mieter, die im Endeffekt die Pensionskassenprämien gleich doppelt bezahlen: einmal über ordentliche Lohnabzüge, das zweite Mal über Mietzinserhöhungen.

Die beiden Beispiele zeigen, wie wichtig es ist, dass der Kanton aus seiner Lethargie erwacht und eine aktive Wohnpolitik betreibt, insbesondere zum Schutz von günstigem Wohnraum. Von staatlichen Pensionskassen erwarten wir, dass sie die unsoziale Mietzinstreiberei nicht mitmachen. Wir rufen die Verantwortlichen dazu auf, das Gespräch mit den Mieterinnen und Mietern aufzunehmen und nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen. Die Massenkündigungen müssen zurückgenommen werden.

# Illusionsloses Ja zur Abzocker-Initiative

Die BastA-Mitgliederversammlung hat praktisch einstimmig die Ja-Parole zur Abzockerinitiative gefasst. Dies aber illusionslos in Bezug auf die effektive Wirkung gegen die Abzockerei. Ein wuchtiges Ja an der Urne ist trotzdem eine rote Karte für die Abzocker aller Couleurs und für Economie-Suisse, den Dachverband aller Abzocker. Und ein Ja gibt Schub für die anstehenden Kampagnen für reale Umverteilungsschritte – die 1:12 Initiative, die Mindestlohninitiative und die Initiative für eine nationale Erbschaftssteuer für grosse Vermögen.



Mit der Abzocker-Initiative wollte der SVP-nahe Zahnpastahersteller Minder aus Schaffhausen insbesondere seinem persönlichen Ärger über die astronomischen Bezüge der

Vasella's Ausdruck geben. Herausgekommen ist ein Initiativtext, welcher sich der Illusion hingibt, dass die Grossaktionäre der börsenkotierten Unternehmen (in seinem Verständnis die Aktionärs-„Demokratie“, schon an sich eine Perversion des Demokratiebegriffes) ihre nimmersatten Geschäftsleitungen in die Schranken weisen würden. Bis heute gibt es keine Beispiele, wo die Mehrheit der Aktionäre eingeschritten wäre, was mindestens konsultativ schon oft möglich gewesen wäre, um den Abzockern in den Verwaltungsräten und des obersten Managements die Bezüge zu kürzen. Und für Normalsterbliche macht es auch keinen Unterschied, ob die ins uferlose wachsenden Gewinne die Manager und Verwaltungsräte in den Sack stecken oder unter den Grossaktionären verteilt werden.

Damit ist aber auch klar, dass es sich nicht lohnt, lange über den indirekten Gegenvorschlag nachzudenken. Wenn schon die Initiative in keiner Weise mehr Umverteilungsgerechtigkeit bringt, wie sollte dann der abgeschwächte Gegenvorschlag hier Fortschritte bringen. Gegen den Skandal, dass die Kapitalgewinne immer unverschämter in die Höhe schnellen und die Arbeitseinkommen nicht mehr vom Fleck kommen, ist weder die Initiative noch der Gegenvorschlag ein taugliches Mittel!

Diese Einschätzung hat denn auch in Linken- und Gewerkschaftskreisen eine Debatte ausgelöst, ob diese Initiative nicht falsche Hoffnungen wecke und deshalb ein Ja kontraproduktiv ist. Inhaltlich ist diese Kritik absolut richtig. Die Linke hätten nie im Leben eine solche Initiative selber lanciert! Aber vielleicht haben wir es halt etwas verschlafen und das Feld dem Zahnpastahersteller überlassen. Die öffentliche Debatte dreht sich jetzt aber nicht darum, ob die Initiative wirklich Abhilfe gegen die Abzockerei schafft oder nicht. Sie dreht sich einzig und allein darum, ob endlich ein massives Zeichen gegen die Abzockerei gesetzt wird und die Abzocker an den Pranger

gestellt werden. Mit dem Ja werden ganz Viele einfach mal ihrer Wut und Empörung über diesen unerträglichen Skandal Ausdruck geben – nämlich dem Skandal, dass die Vasella's beim Gang aufs Klo etwa gleich viel verdienen wie hart arbeitende Verkäuferinnen während eines ganzen Monats! Je massiver das Ja deshalb ausfällt, desto mehr Mut gibt es und desto besser werden die Chancen, mit anderen Vorlagen wirklich etwas für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu tun. Ein Leer-Einlegen oder sogar ein Nein am 3. März stärkt nur und ausschliesslich die Rechte, welche sich ihre Privilegien nicht nehmen lassen will!

In den nächsten Monaten und Jahren werden wir Gelegenheit haben, uns für mehr Verteilungsgerechtigkeit und für den Wert und die Würde der Arbeit einzusetzen.

- Mit der 1:12 Initiative der Juso würde ein wirklich grosser Schritt in Richtung Umverteilungsgerechtigkeit gemacht. Eine absolut geniale Forderung, um breit über den Wert der Arbeit zu diskutieren und über das Thema Lohn und Profitwirtschaft die Linke zu stärken.

- Mit der Mindestlohninitiative der Gewerkschaften wird ein weiterer Meilenstein gesetzt werden können. 4000.- pro Monat ist wahrlich noch nicht fürstlich und trotzdem ein wichtiger Schritt zu etwas mehr Gerechtigkeit für all diejenigen Lohnabhängigen, welche heute trotz harter Arbeit davon nicht leben können.

- Und auch die nationale Erbschaftssteuerinitiative geht in die richtige Richtung, kann damit doch wenigstens ein Teil der riesigen Vermögen, welche nie durch eigene Arbeit angehäuft werden konnten, abgeschöpft werden.

Somit ist die Abstimmung und ein wuchtiges Ja zur Abzocker-Initiative nur der Anfang einer Kampagne, welche es uns ermöglicht, die soziale Frage wieder ins Zentrum zu stellen und mit der 1:12 und der Mindestlohninitiative auch klare und eindeutige Antworten zu geben.

*Hansueli Scheidegger*

## Adieu, Depardieu!

Also ich versteh die Welt nicht mehr. Wie oft wurde ich doch nach Moskau geschickt, wenn ich beispielsweise für die Einführung einer Reichtumssteuer auf der Strasse stand. „Moskau einfach“, hiess es dann im Prolo- und Bürgerjargon. Und Moskau war damals noch nicht so unattraktiv wie heute. Immerhin gab's da Kommunisten. Und ich verstand mich ja als Kommunist. Also nichts wie los, könnte man meinen. Aber ich ging nicht los. Ich hab mir gesagt: Bleibe im Land und wehre dich redlich.

Und jetzt kommen diese Neureichen, nicht wahr. Der weltberühmte Schauspieler Depardieu zum Beispiel. Der schmeisst doch mit Tausendernoten nur so um sich. Aber dann funkt ihm der französische Präsident Hollande dazwischen, mit einer Steuer für Reiche, und sagt: Wenn's dir nicht passt, geh doch nach Moskau! Und was macht dieser Dösel? **Er geht tatsächlich nach Moskau, und wird dort erst noch von Putin persönlich mit Pauken und Trompeten empfangen.** Das wäre mir nie passiert. Wahrscheinlich wäre ich still und heimlich nach Sibirien verbannt worden. Aber Hinkelsteine sind im heuti-

gen Moskau offensichtlich gefragt. Kritische Köpfe eher weniger.

Brigitte Bardot soll ja dem Vernehmen nach auch schon ein Flugticket Moskau einfach gelöst haben, wenn auch aus andern Gründen. Hollande hat kein Herz für Tiere. In französischen Zoos herrschen offenbar schlimmere Zustände als im Gulag. Jetzt freuen wir uns auf die Moskauer Traumhochzeit: Depardieu im Pelzmantel mit Bärenfellmütze, und sie splitternackt – aus Protest gegen die alte russische Tradition, armen Tierchen das Fell über die Ohren zu ziehen. Und Putin schiesst eifrig Fotos für sein Poesiealbum. *Rudi Roth*

# Das Scheitern des Baathismus und die syrische Revolution

Solidarität

Vor genau zwei Jahren, am 31. Januar 2011, sprach Bashar al-Asad in einem Interview mit dem Wall Street Journal über die damals beginnenden Massenproteste in der arabischen Welt. Der syrische Präsident gab sich überzeugt, dass sein Land im Gegensatz zu Tunesien und Ägypten stabil sei. Der entscheidende Unterschied zwischen den Ländern: In Syrien entspreche die Politik der Ideologie des Volkes.



Wenige Wochen später begannen in Syrien die Demonstrationen. Die Forderungen der Protestierenden waren ähnlich wie in anderen Ländern des Arabischen Frühlings: Freiheit, Würde

und politischer Wandel. Die Konfrontation zwischen Regime und Opposition verlief in Syrien jedoch besonders brutal: Mehr als 60'000 Menschen verloren nach vorsichtigen UN-Rechnungen bis jetzt ihr Leben. Über eine halbe Million Syrerinnen und Syrer sind in den Nachbarländern als Flüchtlinge registriert. Dazu kommen unzählige Verwundete, Inhaftierte, Gefolterte, Verschwundene und intern Vertriebene. Dass sich Bashar al-Asad mit seiner Prognose zur Stabilität getäuscht hatte, ist offensichtlich. Doch wo lag das ideologische Problem zwischen dem Regime und der Bevölkerung?

## Vom Sozialismus...

In Syrien herrscht offiziell seit 1963 die Baath-Partei. Nach der Machtübernahme richtete sie den Staat auf Anti-Kolonialismus, Säkularismus und Sozialismus aus. Vom Baathismus profitierte damals besonders die vorher marginalisierte ländliche Bevölkerung. Verlierer waren hingegen die alten wirtschaftlichen und religiösen Eliten, Konservative, nicht-arabische Minderheiten wie die Kurden und alle, die zu deutlich von der Baath-Ideologie abwichen.

Während sich die Partei um die ideologische Ausrichtung kümmerte, sorgte von Anfang an die Armee für die Machtsicherung. Neben der Armee wurden auch persönliche, familiäre und konfessionelle Beziehungen bald wichtiger als politische Überzeugungen.

## ... zum Neoliberalismus

Nach dem Ende der Sowjetunion verloren die Baath-Partei und ihre Ideologie an Bedeutung. Die wirtschaftlich starken, konservativen Teile der Gesellschaft bekamen mehr Handlungsraum und durften offen ihre konservativen, religiösen Ideale verbreiten. Nur aus der Politik mussten sie sich fernhalten, denn politische Opposition wurde weiterhin nicht geduldet.

Nachdem Bashar al-Asad im Jahr 2000 die Macht von seinem Vater übernahm,

führte er weitere wirtschaftliche Liberalisierungen durch. Dies bot vor allem seinem engeren Umfeld die Möglichkeit, sich zu bereichern. Der Grossteil der Bevölkerung hingegen litt unter Wohnungsnot, Kürzungen von Subventionen und Einschnitten im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich.

## Das Regime untergräbt seine Ideologie

Obwohl der Einfluss der Baath-Partei stetig zurück ging, durften keine anderen Parteien gegründet werden. Es wurde deutlich, dass die Macht des Regimes statt auf Politik immer mehr auf einem Bündnis zwischen den Sicherheitskräften und den Neureichen basierte.

Auch die offensichtlich missachteten ideologischen Grundsätze des Baathismus wurden nie durch andere ideelle Werte ersetzt. Dem Regime fiel noch 2012 inmitten eskalierender Gewalt nichts Besseres ein, als die Referenzen an Sozialismus und Säkularismus ersatzlos aus der Verfassung zu streichen. Für viele Syrerinnen und Syrer hatten die ideologischen Beteuerungen des Regimes schon lange vorher jegliche Glaubwürdigkeit verloren.

## Die anti-imperialistische Fassade

Um sich Legitimität zu verschaffen, setzte das Regime gern auf die Aussenpolitik. Dabei stellte es Syrien als Regionalmacht unter dem Banner des anti-imperialistischen Widerstandes dar.

Was sie von dieser Selbstinszenierung des Regimes hielten, machten die syrischen Demonstranten 2011 deutlich: Statt Proteste niederschlagen, riefen sie, sollten die Regierungstruppen doch lieber gegen den besetzten Golan marschieren. Sie verstanden nur zu gut, dass der nie beendete Kriegszustand mit Israel dem Regime vor allem als Vorwand diente, Syrien

mit dem Ausnahmezustand zu regieren.

Der Arabische Frühling hat gezeigt, dass heisse aussenpolitischen Themen nicht mehr von inneren Missständen ablenken können. Die Menschen der arabischen Welt fordern von ihren Machthabern eine Politik, die auf mehr beruht als Profit, Zynismus und Brutalität.

Das syrische Baath-Regime ist politisch grandios gescheitert. Um an der Macht zu bleiben, hat es sein eigenes System und seine Ideologie so sehr unterwandert, dass jegliche Reform hoffnungslos erschien. Was bleibt, ist die Revolution.

## Wo bleibt die Solidarität?

Gerade aus linken Kreisen erhalten die Syrerinnen und Syrer jedoch erstaunlich wenig Unterstützung. Nicht wenige Linke halten Bashar al-Asad in einer „jeder selbsternannte Feind des amerikanischen Imperialismus ist unser Freund“-Logik sogar die Stange.

Gibt es sowas wie internationale Solidarität nur noch bei den Jihadisten? Gefragt und ungefragt setzen diese ihre Kampfkraft gegen Asad ein. Die unbewaffneten und säkularen Revolutionäre in Syrien fühlen sich hingegen immer mehr an den Rand gedrängt und von der Welt vergessen. Dürfen sie von der internationalen Linken nicht mehr erwarten als von Asads leeren Parolen?

Andrea Jud



„Der Künstler Jaber al Azmeh fotografiert Syrerinnen und Syrer mit auf den Kopf gestellten und entfremdeten Exemplaren der Baath-Zeitung. Auf diesem Bild stellt Ghalia Sarakbi dem Titel der Zeitung „die Baath“ das Wort „das Volk“ entgegen.“

# Werden Sie Mitglied

„Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.“ Diese alte Feststellung ist heute aktueller denn je: Sozialabbau, Privatisierung öffentlicher Betriebe und Entsolidarisierung der Gesellschaft sind die Stichworte. Wir sagen dazu BastA! und haben uns 1995 in „Basels starker Alternative“ zusammengeschlossen.

Wenn Sie unsere politischen Grundsätze teilen, sind Sie bei uns jederzeit als Mitglied willkommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website:

[www.basta-bs.ch](http://www.basta-bs.ch)

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.– und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. \_\_\_\_\_.–  
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.– pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.–)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telephon/Fax: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
BastA!, Basels starke Alternative  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
oder Fax 691 16 31



## Die Dreigroschenoper

von Bertolt Brecht und Kurt Weill

### Benefizvorstellung zugunsten von BastA!

Dienstag, 30. April, Basler Marionetten Theater, Münsterplatz 8

Apéro ab 19.00 Uhr

Vorstellungsbeginn 20.00 Uhr

Die Dreigroschenoper ist heute noch so aktuell wie zur Zeit ihrer Uraufführung. Die Inszenierung als Figurentheater passt hervorragend zu Brechts Konzept der Verfremdung. Der aggressive Witz des Textes kommt so noch besser zur Geltung. Und wie die Figuren die berühmten, von Kurt Weill vertonten Songs interpretieren, ist unwerfend. Auch wer das Stück schon mehrmals gesehen hat, wird von dieser Aufführung positiv überrascht sein.

**Eintritt: Fr. 100.—**

**Der Reinerlös kommt vollumfänglich BastA! zugute.**

Nach der Vorstellung besteht die Möglichkeit, mit dem Regisseur Adrian Schriel zu diskutieren und einen Blick hinter die Kulissen zu werfen.

**Anmeldung:** sekretariat@basta-bs.ch oder Tel. 061 691 16 31

„Unter uns gesagt: es ist eine Frage von Wochen, dass ich ganz in das Bankfach übergehe. Es ist sowohl sicherer als auch einträglicher.“

(Der Räuber Macheath in der Dreigroschenoper)

„Wir kleinen bürgerlichen Handwerker, die wir mit dem biedereren Brecheisen an den Nickelkassen der kleinen Ladenbesitzer arbeiten, werden von den Grossunternehmern verschlungen, hinter denen die Banken stehen. Was ist ein Dietrich gegen eine Aktie? Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank? Was ist die Ermordung eines Mannes gegen die Anstellung eines Mannes.“

(Macheath kurz vor seiner Hinrichtung)

Impressum: Nr. 1/Februar 2013. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel. 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: [www.basta-bs.ch](http://www.basta-bs.ch), erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis. Redaktion: Karin Haerberli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel